

Niederschrift

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: **Montag, den 08.01.2018**
Sitzungsbeginn: **18:30 Uhr**
Sitzungsende: **20.15 Uhr**
Ort, Raum: **Rathaus, Rathaussaal (EG)**

Sitzungsnummer: **HA/001/2018**

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Harald Jäschke

Stadtvertreter/in

Frau Heidrun Dräger

Herr Heinz Gohsmann

Herr Lutz Heinrich

Herr Christian Meyer

Frau Marlies Reimann

Herr Rainer Wilmer

Verwaltung

Frau Marlis Borries-Dettmann

Frau Sandy Mandlik

Herr Jörn Pamperin

Frau Dagmar Poltier

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Beate Benz

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 3 Billigung der Sitzungsniederschrift der vorangegangenen Sitzung vom 11.12.2017
- 4 Bericht der Verwaltung
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Anfragen
- 7 Vollzug des Haushaltsplanes
- 8 Antrag der Fraktion BfB hier: Änderung der Geschäftsordnung
Vorlage: 192/17/FR-BfB
- 9 Antrag der Fraktion BfB hier: Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: 193/17/FR-BfB
- 18 Wiederherstellung der Öffentlichkeit
- 19 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse lt. KV M-V § 31 Abs. 3
- 20 Schließen der Sitzung

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Jäschke eröffnet die Sitzung um 18.30 Uhr. Der Hauptausschuss ist mit 7 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig

zu 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird mit einem Abstimmungsergebnis von **7:0:0** genehmigt.

zu 3 Billigung der Sitzungsniederschrift der vorangegangenen Sitzung vom 11.12.2017

Herr Wilmer verweist auf die Seite 4 der Niederschrift, TOP 6 – Anfragen – Hier muss es im 1. Satz anstelle von Verwaltungsgerichtsort richtig heißen:

Verwaltungsgerichtshof

Die vorliegende Niederschrift wird mit der angeführten Korrektur mit einem Abstimmungsergebnis von **7:0:0** genehmigt.

zu 4 Bericht der Verwaltung

Herr Jäschke teilt mit, dass der Widerspruch der Stadt gegen den Bewilligungsbescheid in Sachen City-Management Erfolg hatte. Der Verwendungszweck ist so abgeändert worden, dass die Mittel wie vorgesehen eingesetzt werden können.

Er händigt dann aus die Aufstellung zu den gremienrelevanten Aufgaben für das Jahr 2018.

Zugegangen ist den Mitgliedern das Protokoll über das Sondierungsgespräch zur Umsetzung einer zentralen Kita-Koordinierungsstelle in der Stadt vom 20.11.2017. Im Ergebnis des Sondierungsgesprächs ist festzustellen, dass es anscheinend bei den Trägern keinen Bedarf gibt für eine solche Koordinierungsstelle. Insofern hat er Probleme damit, diese Forderung umzusetzen, zumal es gesetzliche Regelungen diesbezüglich nicht gibt.

Herr Gohsmann hatte bereits in der Stadtvertretung angekündigt, dass sich die SPD-Fraktion als Antragsteller mit diesem Ergebnis nicht so ohne weiteres zufrieden geben wird. In einem Telefonat mit Frau Reiß vom Landkreis hat er die Information bekommen, dass der Stadt geraten worden ist, sich in dieser Sache bei der Stadt Parchim zu informieren, wie die Vergabe der Kita - bzw. Hortplätze hier gehandhabt wird. Dort wird wohl mit sogenannten „Bedarfsscheinen“ gearbeitet, die von der Verwaltung ausgegeben werden. Mit diesem Bedarfsschein kann man sich dort bei einer Kita oder einem Hort seiner Wahl anmelden. Insofern wird er sich kundig machen. Für den Fall, dass in Boizenburg eine ähnliche Lösung gefunden würde, würde sich natürlich die Einrichtung einer Koordinierungsstelle erübrigen. Er bittet die Verwaltung, den Sachverhalt noch einmal zu prüfen.

Der Bürgermeister sichert dieses, als auch einen Bericht der Verwaltung zum Ergebnis zu.

Zum Beschluss der Stadtvertretung vom 19.10. 2017, das Grundschulzentrum als volle Halbtagschule zu führen, führt er aus, dass die Verwaltung beauftragt worden ist, das Verfahren hierfür einzuleiten, wobei das problematisch ist, weil das Grundschulzentrum noch gar nicht existiert und damit auch keine darüber zu beschließende Schulkonferenz. Gleichwohl sind beide Grundschulen nach Beschlussfassung angeschrieben worden und in beiden Grundschulen soll bei den nächsten Schulkonferenzen hierüber beraten werden. Für die Grundschule „An den Eichen“ wird die nächste Schulkonferenz am 19.04.2018 stattfinden.

In der Folge des Brandgeschehens am Bollenberg hat sich die Verwaltung mit der dortigen Parkplatzsituation befasst. Rettungsfahrzeuge hatten Probleme, an den Brandort zu gelangen und deshalb sollen alle Anwohnerinnen/Anwohner der Klingbergstraße 17-28 und am Bollenberg einbezogen werden. Noch vor Weihnachten ist aus diesem Grund eine Hauswurfsendung verteilt worden, in der die Situation dargestellt worden ist und die Anwohnerinnen/Anwohner aufgefordert worden sind, eigene Vorschläge zur Auflösung der Situation in diesem Bereich mit einzubringen. Die bisher bei ihm eingegangenen Rückmeldungen betreffen die Klingbergstraße, hier möglicherweise die Versetzung der Straßenlaternen. Er wird weiter über den Fortgang berichten.

zu 5 Einwohnerfragestunde

Durch den anwesenden Einwohner werden keine Fragen vorgebracht.

zu 6 Anfragen

Herr Wilmer bezieht sich auf die Seite 5 der letzten Niederschrift (drittletzter Abschnitt). Hier ist ausgeführt, dass Herr Jäschke auf die Frage von ihm, warum die Stadt keine Stellungnahme zur Erhebung der Kreisumlage abgegeben habe, antwortet, dass die Stadt nicht über Gebühr belastet wird mit der Herabsetzung der Kreisumlage.

Im Nachhinein betrachtet kann er diese Aussage des Bürgermeisters nicht verstehen.

Herr Jäschke merkt dazu an, dass die Kreisumlage um einen Prozentpunkt gesenkt worden ist und die Stadt sich hierzu gegenüber dem Kämmerer des Landkreises nicht geäußert hat, weil die Verwaltung denkt, dass das so in Ordnung ist.

Herr Wilmer hätte erwartet, dass sich die Stadt Boizenburg/Elbe zumindest dahingehend äußert, dass sie eine entsprechende Beschlussfassung des Kreistages begrüßen würde. sich als eine der Mitgliedskörperschaften im Landkreis gar nicht zu äußern bzw. zu reagieren, findet er nicht gut.

Herr Jäschke entgegnet, dass es in der Sache 2 Veranstaltungen des Städte- und Gemeindetages gegeben hat, auf denen der Kämmerer jeweils vorgetragen hat und er hatte den Eindruck, dass es diesbezüglich allgemein positiv bewertet worden ist. Nichts desto trotz versteht er das Anliegen von Herrn Wilmer.

zu 7 Vollzug des Haushaltsplanes

Der ausgewählte Kennziffernspiegel datiert vom 31.12.2017 und liegt allen Ausschussmitgliedern vor.

Zur Höhe der Einkommenssteuer, die einen Differenzbetrag von ca. 70,0 T€ ausweist, möchte Herr Gohsmann wissen, ob da noch ein Eingang zu erwarten ist, oder es sich um den endgültigen Betrag handelt für 2017.

Herr Pamperin, erklärt, dass es sich hierbei um den Endstand handelt.

Zu den investiven Einzahlungen merkt Herr Gohsmann an, dass nach seiner Meinung die hier noch aufgeführten Positionen; Fördermittel Radweg Berliner Straße und auch die Fördermittel für den 1.-3. BA der Berliner Straße eigentlich erledigt sind und insofern hier gar nicht mehr aufgeführt werden müssten.

Herr Pamperin erklärt, dass die Mittel für die Berliner Straße kurz vor Jahresende 2017 doch noch eingegangen sind und sich damit eine Überschneidung ergeben hat mit der Haushaltsplanaufstellung. Bei der Position – Zuweisungen Verrechnung Abwasserabgabe – sind per 20.12.32,0 T€ eingegangen, insofern bittet er darum, dass in der vorliegenden Übersicht zu ergänzen. Die Mittel für den Radweg aus dem Kofinanzierungsfond sind noch nicht eingegangen, deshalb müsste das für 2018 übernommen werden.

Im Hinblick auf den Haushalt 2018 bittet Herr Wilmer dringend darum, dass die Planungen für die Personalaufwendungen nicht wieder so üppig angesetzt werden sollten wie für 2017. Er kann außerdem nicht nachvollziehen, warum für das geplante Klassenraummobilien für die Grundschule „An den Eichen“ gerade mal 9,6 % ausgegeben worden sind. Es sollte nicht so sein, dass einmal geplante Mittel nicht entsprechend abfließen. Der Ablösebeitrag für den B-Plan 23 ist mit 0 ausgewiesen und er hätte gern den Grund dafür gewusst.

Zu dem nicht gezahlten Ablösebeitrag in Höhe von 156 T€ liegen Herrn Pamperin noch keine Informationen vor.

Herr Wilmer bittet darum, dass der Finanzausschuss sich zukünftig mehr als bisher mit der Begleitung der Haushaltswirtschaft befasst.

Zu dem von Herrn Wilmer angesprochenen Schulmobiliar hat er Rücksprache mit der Schulsachbearbeiterin genommen. Nach deren Aussage ist der Großteil der Möbel bestellt worden Mitte September, allerdings gibt es sehr lange Lieferfristen von bis zu 12 Wochen. Dazu beigetragen haben ebenfalls die späte Beschlussfassung des Haushalts für 2017 und der Wechsel in der Schulsachbearbeitung.

zu 8 Antrag der Fraktion BfB hier. Änderung der Geschäftsordnung Vorlage: 192/17/FR-BfB

Bezugnehmend auf die Begründung der Fraktion zu ihrem Antrag weist Herr Jäschke darauf hin, dass die Aussage, eine Ladungsfrist von 4 Tagen sei rechtlich nicht haltbar, so nicht stimmt. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Kommunalverfassung, § 29 (3), wonach eine Ladungsfrist von 3 Tagen nicht unterschritten werden soll.

Die derzeit gültige Ladungsfrist von 4 Tagen läuft dem also nicht zuwider und war zum Zeitpunkt der damaligen Beschlussfassung dem Umstand geschuldet, dass für die Mitglieder der Stadtvertretung Postfächer eingerichtet worden sind, deren Inhalt dann immer wöchent-

lich am Mittwoch durch die Verwaltung zugestellt worden sind und regelmäßig am Montag darauf der Hauptausschuss getagt hat.

Die Frage, ob Unterlagen als zugestellt gelten mit dem Moment, in dem sie im jeweiligen Postfach liegen, ist durch die Verwaltung abschließend zu klären.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung die Änderung der Geschäftsordnung gemäß Beschlussvorlage mit einem **Abstimmungsergebnis von 5:0:2** zur Beschlussfassung.

**zu 9 Antrag der Fraktion BfB hier: Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: 193/17/FR-BfB**

Zur Begründung des Antrags führt Herr Wilmer aus, dass es bislang keine Regelung dazu gibt, wann die öffentliche Bekanntmachung beispielsweise für Sitzungen und hier insbesondere für die der Stadtvertretung erfolgen muss. Laut Kommunalverfassung ist dies in der Hauptsatzung zu regeln.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung die Änderung der Hauptsatzung gemäß Beschlussvorlage mit einem **Abstimmungsergebnis von 5:0:2** zur Beschlussfassung

zu 18 Wiederherstellung der Öffentlichkeit

Herr Jäschke stellt die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her.

**zu 19 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse
lt. KV M-V § 31 Abs. 3**

Beschlüsse wurden im nichtöffentlichen Sitzungsteil nicht gefasst.

zu 20 Schließen der Sitzung

Herr Jäschke beendet die Sitzung um 20.15 Uhr.

Für die Richtigkeit:

Datum: 31.01.18

gez.: Marlis Borries-Dettmann
Protokollführerin